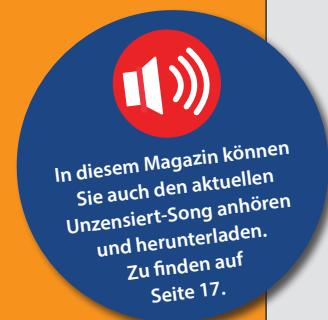




MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT
WELTWEIT!



Mit Hurra ins Verderben

■ Ein Leben lang fürchtete das Schaf den Wolf, gefressen wurde es schließlich vom Hirten. So ähnlich dürfen wir Deutschen uns langsam fühlen, die wir immer dachten, der Staat hätte auch eine gewisse Schutzfunktion gegenüber seinen Bürgern. Doch weit gefehlt. Der Staat zeigt sich hilflos und versucht das durch Aktionismus zu übertünchen. Er verfolgt die Kritiker und zeigt sich machtlos gegen die eigentlichen Feinde der Demokratie, die wir im Rausch des Multi-Kulti-Wahns selbst ins Land holen.

Aber was kann man von einer Regierung erwarten, die nur mit sich selbst beschäftigt ist? Da besucht der Außenminister Syrien, schüttelt einem ehemaligen Terroristen, den man zum Präsidenten umetikettiert hat, die Hand und verspricht in bester Baerbock-Manier wieder Millionen für den Wiederaufbau. Kaum zurück, wehrt er sich vehement gegen die Rückführung von syrischen Flüchtlingen, denn Syrien sei nach wie vor Kriegsgebiet. Wer soll denn das

Land aufbauen und wo fließen die Millionen hin? Und der Kanzler? Er lässt es laufen.

Wer immer diesem Staat vertraut hat, muss erkennen, die Regierung ist handlungsunfähig. Die CDU sagt hü, die SPD hot. Die Grünen und Linken verfolgen munter ihre zerstörerische Agenda. Und so vermitteln die Regierenden den Bürgern ganz offen, dass sie gar nicht daran denken, Probleme im Sinne der Bevölkerung und des Landes zu lösen. Während auf offener Bühne um Kaisers Bart gestritten wird, spielen sich im Hintergrund äußerst bedenkliche Szenen ab, die jedem normal denkenden Menschen einen kalten Schauer über den Rücken jagen müssten. Da wird eine Panzerbrigade in Litauen stationiert*. Mit martialischer Musik und mystischer Fackelbeleuchtung schwört der neue Inspekteur der Bundeswehr, Christian Freuding, die Soldaten auf Krieg ein. Und mit einem dreifachen Hurra, wird suggeriert, dass man zu allem bereit

ist. Alles erinnert an die düstere Vergangenheit, als man sich schon einmal auf den Einmarsch gen Osten einschwor.

Und man macht gar kein Geheimnis mehr daraus, dass die NATO kein defensives Verteidigungsbündnis mehr ist. Nein, man will offensiv aufgestellt sein. So wird die Bevölkerung in kleinen Schritten weichgekocht und auf einen Krieg eingestimmt. Vor dem angeblich furchterregenden Wolf wird ohne Unterlass gewarnt. Doch der hinterhältige Hirte des Landes und des Volkes mausert sich immer mehr zum kriegsgeilen Monster, das einmal alles verschlingen könnte. Und die Schafe fürchten sich weiter vor dem Wolf und merken nicht, dass es der Hirte ist, der sie zur Schlachtbank führt.

Man möchte an das Sprichwort von Erich Kästner erinnern: „Vernunft muss jeder selbst erwerben, nur die Dummheit pflanzt sich gratis fort.“ | HM

* <https://t.me/c/1501174640/2322>

Für eine kompromisslose Friedenspolitik

**Leitlinien für eine
Frieden fördernde Politik
der Partei dieBasis**

VON DIEBASIS AG FRIEDEN

In unseren internationalen Beziehungen treten wir für faire multilaterale Zusammenarbeit ein. Handelsverträge gestalten wir so, dass sie dem Wohl aller beteiligten Länder dienen. (Welt-)Wirtschaft und (Außen-)Politik müssen allen Menschen gleichermaßen dienen.

Die Partei dieBasis lehnt Sanktionen und Boykotte als Wege politischer Konfliktlösung grundsätzlich ab. Sanktionen bewirken materiellen Schaden und zum Teil gravierendes Leid für die zivile Bevölkerung. Im Irak, Iran und Syrien (um nur einige Länder zu nennen) konnten und können wir die fürchterlichen Folgen für die dort lebenden Menschen seit Jahren beobachten. Wirtschaftssanktionen sind Teil einer gewissenlosen Kriegsführung, die wir ablehnen.

dieBasis setzt sich für die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Kooperation mit Russland, China, Syrien, Iran und anderen sanktionierten

Staaten ein. Alle Sanktionen müssen beendet werden. Die Staaten dieser Erde sind alle Teil einer globalen Völkergemeinschaft, die in gegenseitigem Respekt vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Modellen wirtschaftlich und kulturell kooperieren will. Die dabei zu beachtenden Prinzipien wurden in der Charta der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich bindend fixiert. Kritik, etwa an Menschenrechtsverletzungen, kann mittels dafür eingerichteter internationaler Institutionen geübt werden. Die Bevölkerung eines Landes darf jedoch nicht für das politische Handeln ihrer Regierung „bestraft“ werden.

Der Dialog und die Überwindung von Lager- und Blockdenken sind zu fördern. Blockdenken führt unweigerlich zu eskalierenden Konflikten und Entfremdung anstatt zu Annäherung und Frieden. Die fast vergessenen zehn Prinzipien der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zu-

sammenarbeit in Europa“ (KSZE) von Helsinki 1975 zur Regelung bilateraler Beziehungen müssen wieder mit Leben gefüllt werden. Zu diesen Prinzipien gehören u. a. die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

Konföderation nationaler Demokratien in Europa statt „Global Governance“.

dieBasis setzt sich für ein föderales Europa ein und regt den Ausbau föderaler Strukturen an.

Die Übergabe eigener Souveränitätsrechte an demokratisch nicht legitimierte Institutionen sowohl in der EU als auch im Euro-Raum ist zu stoppen und zurückzubauen. Jugend- und Kulturaustausch, Wissenschaftskooperation sowie Sportaustausch mit ALLEN Ländern, insbesondere im Europa der 47 Länder sind zu fördern.

Die europäische Gesellschaft erlebt eine fortschreitende Entmündigung der Bürger, eine Schwächung nationaler Souveränitätsrechte bei gleichzeitiger Verlagerung der Entscheidungsmacht auf supranational organisierte, von Lobbyisten unterwanderte, undemokratische, nicht gewählte Organisationen auf der Ebene der Europäischen Union.

Die immer neuen Richtlinien und Gesetze aus Brüssel verstärken Jahr um Jahr die wirtschaftliche Dominanz weniger globaler Konzerne und zerstören den wirtschaftlichen Mittelstand der Länder. DieBasis sieht hier dringenden Handlungsbedarf, um die Demokratie in Europa wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Die Bürger haben das Recht, in größtmöglicher Selbstbestimmung in ihren nationalen Parlamenten und regionalen Strukturen darüber zu entscheiden, unter welchen Bedingungen sie miteinander leben wollen und wie sie mit ihren Nachbarländern in einer Konföderation kooperieren wollen.

So kann es zu einer gleichberechtigten und Frieden fördernden

den Kooperation der europäischen Länder im Interesse der Menschen kommen.

Die Partei dieBasis setzt sich für eine europäische Sicherheitspolitik ein, bei der die Sicherheitsinteressen aller Staaten gleichberechtigt anerkannt werden müssen.

Für eine militärisch neutrale Bundesrepublik.

Die Partei dieBasis setzt sich für eine neutrale Bundesrepublik ein, friedliche Koexistenz bzw. Kooperation müssen mit allen Ländern, insbesondere unseren Nachbarn, angestrebt werden.

Die Partei dieBasis setzt sich für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO ein. Gemäß 2+4-Vertrag ist Deutschland seit 1990 souverän („Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“) Demgemäß kann Deutschland den Austritt aus der NATO erklären (mit 1-Jahres-Frist).

Die Partei dieBasis setzt sich ein für die Kündigung des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, des so genannten Truppenstationierungsvertrags (mit 2-Jahres-Frist).

In Verbindung mit dem NATO-Austritt ist das ein entscheidender Schritt, um Deutschland zu einem neutralen Staat werden zu lassen, der nicht mehr zur Führung illegaler Angriffskriege missbraucht werden kann. Deutschland ist souverän genug, mit einem Bundestagsbeschluss aus der NATO auszutreten. Die aktuellen Entwicklungen verfolgend birgt eine weitere NATO-Mitgliedschaft eher wachsende Kriegsrisiken und keineswegs Schutz oder Sicherheit. NATO-Mitgliedsländer haben seit 1989 zahlreiche Kriegseinsätze unter Führung der USA unternommen, die ohne UN-Mandat und damit völkerrechtswidrig waren; darunter die Kriegseinsätze in Afghanistan, Jugoslawien, Libyen, noch laufende Einsätze in Syrien und anderen Staaten, sowie die Ausbildung von Soldaten krieg-

führender Armeen auf deutschem Boden. Im Rahmen des NATO-Bündnisses unterhalten die USA mehrere Militärbasen auf deutschem Boden, wie z. B. die US Air Base Ramstein, die unter anderem zur Führung illegaler Drohnenangriffe genutzt wird, denen bis jetzt Tausende Menschen, insbesondere in Nahost und Afrika, zum Opfer gefallen sind.

Die Partei dieBasis lehnt Kriegseinsätze als Mittel der Konfliktlösung ab, ebenso wie die politische und militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Die Bundeswehr ist, wie im Geiste des Grundgesetzes ursprünglich vorgesehen, eine reine Verteidigungsarmee. Die Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen lehnen wir ab. In der vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Fassung in Art. 26 Abs. 1 ist die Vorbereitung eines Angriffskrieges ausdrücklich verboten. Die Bundeswehr – als reine Verteidigungs-Armee – ist technisch und personell auf einen für diesen Zweck sinnvollen Stand zurückzuführen.

Wir brauchen keine Wehrpflicht. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss gewahrt werden, wie auch die Gewährung von Asyl für alle ausländischen Kriegsdienstverweigerer und alle verfolgten Kriegs-Kritiker.

Die Basis setzt sich für die Umsetzung der Verpflichtung zur Friedenswahrung ein. Deshalb sollte das Strafgesetzbuch entsprechend der Forderung des Grundgesetzes (Art. 26) ergänzt werden. Die Verantwortlichen in Bundeswehr und Parlament müssen persönlich haftbar gemacht werden für die Einhaltung aller Gesetze und Gerichtsurteile.

Geheimarmeen (siehe z. B. „Gladio“) und Geheimverträge gefährden den Frieden. Die uneingeschränkte parlamentarische Kontrolle aller Maßnahmen sollte jederzeit sichergestellt werden.

Sollten solche Geheimverträge und Abkommen existieren, die das Territorium der BRD betreffen, müssen sie den Bürgern dieses Landes bekannt gemacht werden.

Wir brauchen Investitionen in sinnvolle Zukunftsprojekte statt schädlicher Rüstungsmilliarden.

Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen und zurückzubauen. Konversionsinitiativen sind zu fördern. Das Know-How der Beschäftigten kann besser eingesetzt werden für die Herstellung sinnvoller und ökologischer Produkte.

Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen verboten sowie strafrechtlich verfolgt werden. **DieBasis setzt sich für den sofortigen Stopp aller deutschen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ein.**

Bezüglich aller anderen Waffenlieferungen fordert dieBasis die konsequente Einhaltung der entsprechenden deutschen Ausfuhrgesetze und eine konsequente Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Wir befürworten die Weiterentwicklung der Entspannungspolitik, mit der die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1970er-Jahre den Dialog und die Kooperation mit unseren östlichen Nachbarländern vorbildhaft fördern konnte.

Die Partei dieBasis unterstützt die internationalen Bemühungen zur Ächtung aller ABC-Massenvernichtungswaffen. (ABC-W. steht für atomare (A), biologische (B) und chemische (C) Waffen).

Nach dem Scheitern des Atomwaffensperrvertrages gibt es mit dem Atomwaffenverbotsvertrag einen neuen diplomatischen Weg zur schrittweisen weltweiten atomaren Abrüstung. **DieBasis setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (Englisch: AVV-Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) beitrifft und ihn ratifiziert.**

Die Bundesrepublik sollte folgerichtig als Stationierungsterritorium von US-Atomwaffen nicht mehr in Frage kommen.

Die Partei dieBasis nutzt internationale Treffen, bei denen es um atomare Rüstungsbegrenzung und atomare Abrüstung geht sowie Überprüfungskonferenzen des Atomwaffensperrvertrages und Folgekonferenzen

zen, für die Verbreitung dieser Anliegen.

Die beschönigende Formulierung „nukleare Teilhabe“ bedeutet de facto eine deutsche Beteiligung an US-geführten atomaren Einsätzen im Kriegsfall auf europäischem Boden. Mit der Duldung der Stationierung von US-Atombomben auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel und der Bereitstellung der Flugbereitschaft deutscher Kampffjets unter US-Befehl verstrickt sich Deutschland in ein unnötiges atomares Risiko – auch für die eigene Bevölkerung und das eigene Territorium.

Um das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen zu mindern, unterstützt dieBasis kurz-, mittel- und langfristige Initiativen, wie z. B. vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und den Abschluss von atomaren Nichtangriffs-Verträgen.

Zum Ukraine Konflikt:

Ein erster deeskalierender Schritt im Ukraine-Konflikt sollten diplomatische Bemühungen der Bundesregierung zur friedlichen Beilegung des Konfliktes sein, statt weiter der militärischen Eskalationslogik zu folgen.

Die derzeitige Bundesregierung verschlimmert das sinnlose Blutvergießen mit Waffenlieferungen und einer einseitigen Parteinarbeit für die Kriegspartei USA/NATO/Ukraine. Mit Waffenlieferungen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten macht sich Deutschland entgegen seiner eigenen Verfassung zur Kriegspartei. Waffenlieferungen sind sofort einzustellen.

Das Vordrängen der NATO bis an die Grenzgebiete (Donbass) zur Russischen Föderation hat mehrere diplomatische Vereinbarungen gebrochen, u. a. die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990 als Ergebnis der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), weiterhin den „Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, F, GB) vom November 1990 sowie die „Gedenkerklärung von Astana auf dem

Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“ der OSZE vom Dezember 2010.

Eine friedliche Beilegung des Ukraine-Konfliktes kann jedoch nur gelingen, wenn die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation, wie sie zuletzt im November 2021 von der russischen Regierung formuliert wurden, in diplomatischen Verhandlungen ernsthaft diskutiert werden.

Die Partei dieBasis unterstützt den Wunsch nach einer neutralen Ukraine.

Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen, z. B. auf der Krim und in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, sollte geschützt werden.

Die Partei dieBasis setzt sich für Verhandlungen und Kooperation mit Russland für die Wiederaufnahme von Rohstofflieferungen ein.

Reparatur und Inbetriebnahme aller Nord Stream Pipelines. Die Politik der derzeitigen Bundesregierung fügt der deutschen Wirtschaft und der Bevölkerung unnötigen Schaden zu und verschleiert die eigentlichen Ursachen für die fortlaufende Verteuerung des Lebensunterhaltes. Europäische und amerikanische Energielieferanten machen über Börsengeschäfte und marktradikale Handelsplätze Rekordgewinne mit der elementaren Energieversorgung. Bezahlen muss das eine zunehmend verarmende Bevölkerung. Leidtragende sind private Haushalte, der wirtschaftliche Mittelstand und das industrielle Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Die weitere Verschärfung der sozialen Spaltung und der wirtschaftlichen Belastungen für Privathaushalte und mittelständische Betriebe zeichnet sich bereits überdeutlich ab. Rohstoffe und Produkte der existenziellen Grundversorgung dürfen nicht länger Gegenstand von Spekulationen sein.

Die Übergabe unserer Grundversorgung an Privatmonopole (auch bei der Wasserversorgung) gehört zu den wesentlichen Ursachen für globale Hungersnöte und

die Verschlechterung der Lebensbedingungen in vielen Ländern dieser Erde. Sie müssen mit gesetzlichen Mitteln verhindert und beendet werden.

Die Partei dieBasis setzt sich für die uneingeschränkte – in unserem Grundgesetz garantierte – Meinungs- und Pressefreiheit ein.

Versuche zur Einschränkung durch Diffamierungskampagnen und Zensur sind abzulehnen. Die Vorbereitung der Bundeswehr zur Unterdrückung von Protestdemonstrationen sind mit unserem Grundgesetz unvereinbar.

Die Erfahrung des deutschen Faschismus hat uns gelehrt, dass der Einsatz einer Armee im Inneren die demokratischen Grundlagen zerstört. Sollten solche Pläne existieren, lehnt dieBasis diese zutiefst ab. In einer Zeit, in der die Gewaltenteilung und wesentliche Grundrechte unseres Grundgesetzes ausgehöhlt werden, betonen wir ihre elementare Voraussetzung für Demokratie und wollen basisdemokratische Entscheidungsstrukturen stärken. ■

agfrieden@diebasis-partei.de

Spaziergänge und Veranstaltungen in der Region Allgäu im Dezember 2025:



**1. 12. 2025, 18 Uhr,
Marktoberdorf, Deckelplatz**

**8. 12. 2025, 17:45 Uhr,
Landsberg, Hauptplatz Brunnen**

**11. 12. 2025, 18 Uhr,
Memmingen, Schranneplatz**
Letzter Spaziergang (vorläufig)

**13. 12. 2025, ab 10:45 Uhr,
Görisried, Waldbachhalle**
Schildbürger und Demoaufzug

15. 12. 2025: Kaufbeuren
Kein Spaziergang

**29. 12. 2025, 18 Uhr,
Kempten, Hildegardplatz**
Letzter Spaziergang (vorläufig)

HINWEIS: Einige Spaziergänge finden voraussichtlich im nächsten Jahr nicht mehr statt. Änderungen vorbehalten.



Illustrationen: Pixabay

Ein Kommentar
VON HERBERT MAYER

■ Europa ist zu dumm für den Frieden und sie haben schreckliche Figuren an ihren Regierungsspitzen. Sie versagen auf der ganzen Linie. Das geplante Treffen zwischen Trump und Putin in Budapest wurde von den Europäern torpediert. Frieden hat Europa nicht auf dem Schirm, es sind Kriegstreiber an den Schaltstellen, die die Champagnerkorken knallen ließen, als das Gespräch kurzerhand abgesagt wurde.

Betrachtet man die Zustimmungswerte der Protagonisten in ihren Ländern, dann dokumentiert das ihre Unfähigkeit und den Machtmissbrauch. In Deutschland haben wir einen Kanzler Friedrich Merz, der auf 20 %, eher weniger Zustimmung zurückgreifen kann. In Großbritannien ist Keir Starmer weit darunter und in Frankreich erleben wir gerade den beispiellosen Niedergang einer abgewrackten Regierung unter Emmanuel Macron.

Rational ist das nicht mehr zu erklären, dass gescheiterte Politiker, deren Unfähigkeit, Krisen zu

lösen geradezu legendär ist, weiterhin von ihren Bürgern toleriert werden. Die europäische Haltung, allen voran die der drei führenden Nationen, zum Krieg, zur Feindschaft mit Russland, haben den gesamten Kontinent in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abwärtsstrudel geführt, in dem wir uns gerade befinden. Das permanente Kriegsgeschrei lenkt vom Verfehlen der eigentlichen Aufgabe ab, die Länder technologisch, ökologisch und menschlich für die Zukunft auf Vordermann zu bringen und damit allen Völkern wieder wirtschaftliche Stabilität zu verleihen. Der wachsende Druck, vor allem aus China, müsste zu Zusammenhalt, Kooperation und Zukunftsperspektiven auf dem europäischen Kontinent beitragen, stattdessen verliert man seine Souveränität, seine Identität und sein Kapital in einer sinnlosen Kriegsstrategie. Ohne Aussicht auf ein Ende und ohne Aussicht auf einen Sieg.

Die Europäer sind besessen von ihrem „Führungsanspruch“, schnüren unendlich Sanktionspakete, die nachgewiesenermaßen von Russland abprallen und das

eigene Land, den eigenen Kontinent aber derart schwächen, dass ein Zusammenbruch kaum mehr zu verhindern ist. Seit dem Scheitern der Friedensverhandlungen im April 2022 hat die Ukraine Gebiete verloren und Tausende, manche vermuten über eine Million Soldaten geopfert. Dazu sind die demographischen Folgen durch Fluchtbewegungen für die Ukraine verheerend. Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, den Krieg gegen Russland gewinnen, ukrainische Gebiete zurückerobern und die Ukraine in NATO und EU integrieren, ja Russland sogar zu Reparationszahlungen zwingen zu können. Nichts von diesen Traumphantasien der westlichen Friedensverhinderer wird kommen und die Menschen wenden sich desillusioniert ab, unfähig, dem bösen Treiben der kriegsbereiten Politelite Einhalt gebieten zu können.

Merkmal dieser gescheiterten Politik und versagender Politiker ist, solche Illusionen durch Propaganda am Leben zu erhalten und eine Scheinwirklichkeit zur alltäglichen Realität zu erklären. Eine Scheinwirklichkeit, die alle Fehler, das ganze Dilemma der Staatsführer, das Unvermögen, die Fehleinschätzungen vertuschen soll. Der anfängliche Verdacht, dem amerikanischen Druck ausgeliefert zu sein, was die europäische Machtlosigkeit betrifft, kann als Argument kaum mehr zählen, seitdem Donald Trump auf die eine oder andere Weise versucht, sich doch noch für den Friedensnobelpreis zu empfehlen. Es spricht viel mehr dafür, dass die Europäer, von Ursula von der Leyen, über Merz und Co. alle am Nasenring der Rüstungsindustrie durch die Lande geführt werden. Dass zu viel Geld damit verdient wird und dass, wenn alles den Bach runtergeht, vielleicht ein Krieg die einzige Lösung für die in Trümmern liegenden europäischen, hoch verschuldeten Länder ist. Also alles auf Anfang?

Oder liegt es daran, dass sich der Westen den historisch begründeten russlandfeindlichsten Ländern des Kontinents, den baltischen Staaten, Polen oder Finn-

land gegenüber solidarisch verhält und ihnen zumindest rhetorisch das Kommando überlässt? Europäische Einigkeit vorspielen und sich dem aggressiven, ja schon vulgären russlandfeindlichen Zungenschlag der estländischen EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas anschließen, auch wenn es die verheerendsten Folgen für die Europäer nach sich ziehen könnte. Ungeachtet der Tatsache, dass es immer schwieriger wird für Verhandlungen je länger der Krieg dauert, müssten alle Beteiligten erkennen, dass es keinen ukrainischen Sieg geben kann und die Europäer, an vorderster Front Deutschland, ihre eigenen Ziele verfehlen werden. Es mutet zudem grotesk an, wenn die potenziellen Verlierer des Krieges immer noch glauben, irgendwann auf Augenhöhe mit Russland eine Einigung erzielen zu können.

Von der westlichen Presse verschwiegen und von Selenskyj ignoriert, ist die ukrainische Bevölkerung schon längst kriegsmüde, geschwächt und zu Kompromissen mit Putin bereit, wenn nur die Kriegshandlungen endlich beenden

det werden. Aber jede sich abzeichnende Lösung macht klar: es geht nur mit Russland. Und dessen Forderungen sind unumstößlich. Die Ukraine wird Gebietsverluste hinnehmen und einen neutralen Status einnehmen müssen. Kein NATO-Beitritt, keine weitere NATO-Annäherung, die die Sicherheitsinteressen Russlands gefährden könnte, Neutralität und Entnazifizierung der Ukraine, Distanzierung vom aktuellen, rechtswidrigen Präsidenten Selenskyj. Keine Beschlagnahme russischer Vermögen zugunsten des Wiederaufbaus. Und die Europäer? Sie werden nicht gefragt, sie haben kein Mitspracherecht. Sie haben sich selbst disqualifiziert.

Die europäischen Staatslenker haben sich verspekuliert und kommen nicht ohne Gesichtsverlust aus dieser Situation heraus. Ihre beharrlichen Unterstützungsversprechen, ihre permanente Weigerung, den Konflikt friedlich zu beenden, ihre ganzen Drohkulisen und nicht zuletzt die andauernde Propaganda vom expansiven Verhalten Russlands drohen gnadenlos in sich zusammen zu

brechen, mehr noch, wie ein tödliches Pendel zurückzuschlagen. Und sollte ein dritter Weltkrieg vermieden werden, so bleibt diesem stümperhaft regierten Europa wenigstens die komplette Zerstörung erspart, wenngleich die Länder, die Gesellschaft, die Politik einem Trümmerhaufen gleichen. Und wer am Schluss erwartet, sich vielleicht einem „gnädigen“ Russland gegenüber zu sehen: Eine Normalisierung der Beziehungen wird es für lange Zeit nicht mehr geben. Zumindest so lange nicht, wie die aktuellen Politiker im Amt sind, die Amerika- und NATO-Hörigkeit anhalten.

Jetzt wäre die Zeit gekommen, Deutschlands Souveränität einzufordern, Austritt aus der NATO und Beendigung des „indirekten Besatzungsstatus“ durch die USA. Wunschdenken? Nicht, wenn sich die Bevölkerung der Gefahr eines dritten Weltkrieges bewusst wäre. Dafür müsste sich aber auch die Medienlandschaft in Deutschland grundlegend ändern. Wunschdenken? Vielleicht. ■

„Der Friede ist das Meisterstück der Vernunft“ *Emmanuel Kant, Philosoph*

Dann fragen wir doch einmal nach der gegenwärtigen Vernunft im politischen Geschehen.

Ist es vernünftig, den künftigen Generationen Schulden dieser Größenordnung aufzubürden für die Militarisierung Deutschlands?

Ist es vernünftig, diese Gesellschaft auf Krieg zu trimmen?

Ist es vernünftig, jeden Ansatz diplomatischer Lösungen im Keim zu ersticken und zurückzuweisen als Verrat an den „westlichen, freiheitlichen“ Werten?

Ist irgendetwas an der aktuellen Politik angesichts einer atomar hochgerüsteten Welt vernünftig? Ich denke mal: eher nicht.

Bei unserer gegenwärtigen Politik geht es nicht mehr um Vernunft, um Kooperation und eine für Europa sinnvolle Lösung.

Jetzt, heute und hier geht es ausschließlich um Geld, Macht, Einfluss, Ressourcen.

Und nichts davon hat mit dir und mir zu tun. Wir alle müssen begreifen: Es geht nicht um unser

Wohl, unseren Freiheitserhalt, unsere Sicherheit ... es geht nicht um unsere Alltage, dass wir diese leben können.

Es geht nicht um uns. Wir sind nur das Pulver, das dann verschossen wird.

Also: wir sollten „zum gemeinsamen **NEIN**“ im Sinne Borcherts finden.

Sonst werden wir, die Bevölkerung, wie immer in der Geschichte der Kriege dieser Welt, wieder mal die Opfer sein.

Gehen wir gemeinsam und friedlich, auf die Straßen Deutschlands und zeigen, dass wir das, was politisch vorangetrieben wird, nicht dulden.

Wir sehen uns auf der Straße.



zu dieser Kriegspolitik

Beate Pfliegl-Moussavian

„Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren“

„Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse.“ So definiert die Bundeszentrale für politische Bildung diesen Begriff. Und sie stellt sehr richtig fest: „Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren.“

Wir alle sind täglich von Propaganda umgeben. Das mag manch-

mal mehr oder weniger harmlos sein, wenn es lediglich darum geht, ein bestimmtes Produkt zu bewerben. Aber wenn es um Krieg oder Frieden, unsere Gesundheit, unsere Gesellschaft geht, ist es existenziell, dass wir Propaganda durchschauen. Und dies geht, indem wir die Methoden der Propaganda erkennen. Wir



möchten in diesem und den nächsten Heften von „UNZENSIERT“ jeweils eine dieser Techniken vorstellen. Die Texte sind dem Buch „Moderne Propaganda“ entnommen, das wir in der UNZENSIERT 21, S. 5 vorgestellt haben. (Redaktion)

Johannes Menath, *Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung*, Zeitgeist Verlag, ISBN 978-3-943007-42-8

Monopolisierung

Wird ein bestimmter Sachverhalt immer nur aus einer Perspektive gezeigt, sodass man denkt, es gäbe nur diese eine, ist es leicht, die Meinung der Bevölkerung zu steuern.¹ Die Menschen beginnen zu glauben, dass es wahr sein muss, wenn es überall auf ähnliche Weise geschildert wird (Phänomen der Selbstbestätigung). Die Sicht der Dinge scheint dann alternativlos.

In ihrem eigentlichen Auftrag sind die Medien gehalten, ein ausgewogenes, pluralistisches Meinungsbild aufzuzeigen. Denn nur durch verschiedene Sichtweisen auf eine Sache kann der Bürger in eine neutrale Haltung kommen, die wiederum Voraussetzung für um- und weitsichtige Entscheidungen wäre.

Wird ein Thema jedoch stets auf ein und dieselbe Art und Weise präsentiert, verleitet das zu dem Schluss, es handle sich um die alleinige Wahrheit, und es suggeriert, dass derjenige doch verrückt sein muss, der eine andere Ansicht vertritt. Dies führt dazu, dass kritisch denkende Menschen zu Au-

Benseitern abgestempelt werden, sobald sie ihren Standpunkt äußern. Folglich halten sich viele zurück und setzen so die sogenannte „Schweigespirale“² in Gang. Ein Teufelskreis aus einseitiger Berichterstattung und immer größer werdender Angst, sich abweichend zum Meinungsmonopol zu äußern, unterbindet daraufhin jeden Diskurs. Die Medien sind zum einzigen Organ geworden, das die öffentliche Meinung bestimmt. Selbst eigene Erfahrungen, nachprüfbar Fakten und logische Schlussketten können dann der vorherrschenden Propaganda nicht mehr entgegenwirken, denn sie werden ignoriert, umgedeutet oder als Zufall eingestuft, welcher die medial erzeugte Scheinrealität nicht infrage stellt. Eine solche Monopolisierung kann nur durch Information aus erster Hand überwunden werden. Die Bringschuld wird dann zur Holschuld, was eigene Quellenrecherche unumgänglich macht. Außerdem gilt es, sich mit Menschen aus der eigenen näheren Umgebung auszutauschen, um kommunikative Einbahnstraßen, wie beim Konsum von Massenmedien, zu umgehen. Ein direkter Austausch kann je-

doch durch Diskursregulation und Tabuisierung erschwert werden.

„Propaganda neigt dazu, das Individuum in einem sehr speziellen Universum gedeihen zu lassen: Es darf keinerlei äußere Bezugspunkte geben. Verhindert werden muss, dass es sich in einem Sinn suchenden, nachdenklichen Moment ins Verhältnis zur Propaganda setzt. Denn in diesem Moment würde das Individuum den Fängen von Propaganda entweichen. Ist sie aber gut gemacht, muss jeder Augenblick im Leben des Individuums durch diese Propaganda besetzt sein, Plakate und Lautsprecher überall dort, wo es entlangläuft, Radio und Zeitung zu Hause, Treffen und Kino am Abend.“

Jacques Ellul: *Propaganda* (1962)

¹ Vgl. Lazarsfeld, Paul Felix: *Mass communication, popular taste, and organized social action*. Hrsg. von Robert King Merton. In: *The Communication of Ideas*. New York 1964. S. 113 f.

² Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München 2001.

Rüstungsspenden an Abgeordnete

Foto: Andy/Pixabay



abgeordnetenwatch zeigt Rheinmetall-Tochter an – Staatsanwaltschaft spricht von normaler „Klimapflege“

■ *Eine Rheinmetall-Tochter hat gezielt jenen Abgeordneten Wahlkampfspenden zukommen lassen, die über milliardenschwere Rüstungsaufträge entscheiden.*

abgeordnetenwatch erstattete daraufhin Strafanzeige. Doch die Generalstaatsanwaltschaft Berlin sieht keinen Anfangsverdacht und spricht von einer zulässigen „Klimapflege“.

VON SARAH SCHÖNEWOLF
24.10.2025

Was geschehen ist:

Im Frühjahr 2025 deckte die ZEIT auf: Die Software-Tochter Blackned von Rheinmetall hatte sieben Bundestagsabgeordneten im Vorfeld der Bundestagswahl Unterstützung im Wahlkampf angeboten. Das Unterstützungsangebot an einen achten Abgeordneten hatte dieser ausgeschlagen. Das Rüstungsunternehmen sprach dabei bewusst Mitglieder des Haushalts- und Verteidigungsausschusses an, die wenig später im Bundestag über einen Rüstungsauftrag entschieden, von dem Blackned profitierte.

Die wichtigsten Punkte aus der ZEIT-Berichterstattung:

□ Ein Blackned-Lobbyist gibt in einer Mail an einen Abgeordneten am 6. Januar 2025 offen zu: „Unsere Intention ist es, Abgeordnete, die im Rahmen ihrer Aufgaben für die Ausrüstung der Bundeswehr speziell im digitalen Umfeld einen Beitrag leisten, bei ihren [sic]

Wahlkämpfen ... mit einer kleinen Summe zu unterstützen.“ Die Spenden beliefen sich jeweils auf 2.000 Euro.

□ Der Rüstungslobbyist sagte der ZEIT, man habe gezielt den Verteidigungs- und den Haushaltsausschuss adressiert, „weil da die Macht ist“. Die Hoffnung sei, dass die Unterstützung der modernen Digitalisierung auch in der nächsten Legislatur fortgesetzt werde.

Strafanzeige von abgeordnetenwatch

abgeordnetenwatch hat daraufhin Strafanzeige gegen die Rheinmetall AG und die Blackned GmbH wegen des Verdachts der Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB) gestellt. Denn Zahlungen, die mit einer bestimmten Erwartung verknüpft sind, sind nach dem Strafgesetzbuch illegal.

Unser Ziel: Solche Praktiken müssen bestraft werden, damit Lobby-Einfluss durch Geld nicht zum Normalfall wird!

Staatsanwaltschaft: Alles in Ordnung

Jetzt hat die Generalstaatsanwaltschaft Berlin das Verfahren eingestellt. Begründung: Die Zweckbestimmung der Spende sei eine Art der „Klimapflege“. Eine aufeinanderfolgende Leistung und Gegenleistung seien im konkreten Fall nicht erkennbar. Die von Blackned verfolgten Intentionen seien nur „allgemein formulierte politische Interessen“. Ein

Anfangsverdacht auf Bestechung ergebe sich nicht.

Unsere Bewertung: Wenn es legal ist, dass Unternehmen gezielt Geld an Abgeordnete überweisen, von deren politischen Entscheidungen sie unmittelbar profitieren, braucht es schärfere Gesetze. Allein der Eindruck, dass politische Entscheidungen von Abgeordneten durch Konzerne käuflich sind, lässt das Vertrauen in die Demokratie weiter schwinden.

Warum die Rüstungslobby besonders mächtig ist

Drei Hebel gegen zu viel Einfluss

abgeordnetenwatch setzt sich seit Langem für eine Begrenzung des Lobbyeinflusses ein. Das sind für uns die drei wichtigsten Hebel, um den zu großen Einfluss von Konzernen auf politische Entscheidungen zurückzudrängen:

- 1. Kontakttransparenz:** Es muss endlich offengelegt werden, wer sich auf beiden Seiten von Lobby und politischen Entscheidungsträgern wann, mit wem und zu welchem Thema trifft – und das ohne Ausnahmen.
- 2. Ein gesetzlich verpflichtender legislativer und exekutiver Fußabdruck, der zeigt, welche Akteure am Gesetzgebungsprozess beteiligt waren und welche Interessen sie vertreten haben.** Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Perspektiven gleichberechtigt gehört wurden und politische Entscheidungen nicht von finanz- und ressourcenstarken Lobby-Akteuren beeinflusst werden.
- 3. Eine gesetzlich verpflichtende Karenzzeit von drei Jahren für den Wechsel aus der Politik bzw. aus relevanten Ausschüssen.** Für uns ist klar: Politik muss unabhängig sein und dem Gemeinwohl dienen und darf nicht als Sprungbrett in die Wirtschafts- oder Rüstungslobby dienen! ■

<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/in-eigener-sache/abgeordnetenwatch-zeigt-rheinmetall-tochter-an-staatsanwaltschaft-spricht-von-normaler-klimapflege>



Das neue **Bündnis Zukunft Kaufbeuren** mit dem neu-gewählten Vorstand: Von links nach rechts: Jürgen Grieshaber, Astrid Kuby, Bernd Fuhrmann, Dr. Thomas Jahn, Karin Röhl, Lydia Fichtl, Christiane Böhme und Thomas Pfaffenbauer.

„... für eine
unideologische,
bürgerfreundliche
Stadtpolitik ...“

Bündnis Zukunft Kaufbeuren

Pressemitteilung
VON DR. THOMAS JAHN

■ Für die Stadtratswahl am 8. März 2026 hat sich am 7.10.2025 in Kaufbeuren eine neue überparteiliche Wählergruppe mit dem Namen **„Bündnis Zukunft Kaufbeuren“** gegründet. Die Gründung geht auf eine gemeinsame Initiative aus den Parteien dieBasis, der Bayernpartei und der WerteUnion zurück. Zum 1. Vorsitzenden der neuen Wählergruppe wurde einstimmig der Kaufbeurer Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Thomas Jahn (WerteUnion) gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Jürgen Grieshaber (dieBasis) und

Thomas Pfaffenbauer (Bayernpartei) zur Seite. Bernd Fuhrmann übernimmt das Amt des Schatzmeisters. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden Christiane Böhme (Schriftführerin), Karin Röhl (Digitalbeauftragte) und Astrid Kuby (Beisitzerin) gewählt. Lydia Fichtl fungiert als Kassenprüferin.

In großer Einmütigkeit beschloss die Gründungsversammlung auch die Schwerpunkte für die kommunalpolitische Zielsetzung des neuen Bündnisses. Die Mitglieder der neuen Wählergruppe wollen ein bürgernahes Gegenmodell zu den etablierten Parteien für ein zukunfts-fähiges und wirtschaftsfreundliches

Kaufbeuren bieten. Bürokratie und Abgaben sollen gesenkt, der Breitensport stärker gefördert und zusätzliche Flächen für Wohnen und Gewerbe rascher erschlossen werden. Für das Bündnis Zukunft Kaufbeuren verdient die Altstadt mehr als nur Symbolpolitik, sondern greifbare Maßnahmen, wie ein echtes Stadtmanagement zur Beseitigung der Ladenleerstände.

Die Gründungsmitglieder wollen ihre neue Wählergruppe als Mitmach-Plattform verstehen und sehen die Notwendigkeit für eine unideologische, bürgerfreundliche Stadtpolitik, bei der der Mensch, nicht Lobbyinteressen oder Parteiprogramme im Mittelpunkt stehen sollen. Das neue Bündnis ist daher offen für Mitglieder aus anderen Parteien oder Parteungebundene, die das Leitbild des selbstdenkenden, kritischen Bürgers teilen und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken wollen. Sicher ist für die Gründungsmitglieder schon jetzt, dass das neue Bündnis einen Beitrag für eine Wende zur Vernunft, ohne Klima-Klimbim, ohne Gender-Gaga und ohne die Bevorzugung bestimmter Lobbys leisten muss, wenn Familien, Normalverdiener und auch Senioren wieder bessere Verhältnisse vorfinden sollen. Das Bündnis Zukunft Kaufbeuren hat sich daher auch vorgenommen, Wege aus der Schuldenfalle Kaufbeurens aufzuzeigen, denn viele achtsame und am gesunden Menschenverstand orientierte Lösungen sind meist auch die kostengünstigsten, gerade beim Bauen oder in der Verkehrspolitik. [...]

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schief läuft.

Ihre Redaktion

Nichts Neues unter der Sonne oder: Alles schon mal dagewesen

„... dann sind natürlich auch alle Einrichtungen verwerflich, die die Menschen für den Krieg tüchtig machen...“



Zu diesem Urteil kam **BERTHOLD OTTO*** während des Weltkrieges, der noch keine Nummer hatte, weil es noch keinen zweiten gab. Erschienen ist sein Buch **MAMMONISMUS / MILITARISMUS / KRIEG UND FRIEDEN 1918** im Verlag „Die Wende“, Berlin

Hier einige Auszüge:

Heldentum schädigt die Volkswirtschaft

(...) Das Wirtschaftsleben ist auf den Gelderwerb und der Gelderwerb wieder auf dem Wettbewerb der einzelnen aufgebaut. Auf dem Wirtschaftsleben beruht unzweifelhaft alle Kultur, nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige und die sittliche. Darum ist es erstes Erfordernis aller Kulturbestrebungen, das wirtschaftliche Leben zu fördern. Und alles das, wodurch das wirtschaftliche Leben nachweisbar verschlechtert wird, ist unzweifelhaft als kul-

turfeindlich anzusehen. ... Schon aus diesem Grunde kommt man dann zur Verurteilung aller Kriege. Und der Grund, den wir hier für diese Verurteilung aufgedeckt haben, liegt noch viel tiefer als die Gründe, die gewöhnlich dafür ausgesprochen werden, dass es nämlich Torheit sei, nutzlos so außerordentlich viel Werte zu vernichten, ganz abgesehen davon, dass soundso viele Menschenleben verloren gehen ...

Genug, wir kommen aus diesen Erwägungen heraus zu dem Schlusse: Der Krieg ist auch dann oder gerade dann durchaus zu verwerfen, wenn er jeden einzelnen Volksgenossen aus einem tüchtigen Gelderwerber zu einem Helden umwandelt. Denn eben dadurch schädigt er die Grundlage aller Kultur. Und wenn das so ist, dann sind natürlich auch alle Einrichtungen verwerflich, die die Menschen für den Krieg tüchtig machen, die ihn zu diesem Heldentum vorbereiten. Dann ist der Militarismus als unbedingt kulturwidrig nachgewiesen ... (...)

Friedrich der Große, Napoleon, Blücher, Moltke, Hindenburg werden auch in Zukunft von Ge-

schichtsschreibern und Dichtern gepriesen werden. Und diese Lobpreisungen werden gerne gehört und gelesen werden, gerade wie wir noch jetzt von den Taten unserer barbarischen Vorfahren vor Tausenden von Jahren hören und lesen. Die gereifte Billigung höherer Lebensgesittung wird aber den amerikanischen Milliardären und ihren künftigen Nachfolgern in unseren Ländern zuteil werden, deren Auftreten wir ja im nächsten halben Jahrhundert zu erwarten haben. Nach dem Ausspruch eines deutschen Staatsmannes und tüchtigen Amerikaners sind ja die Amerikaner uns 50 Jahre voraus.

Geschäftsmänner als Helden der Neuzeit

Natürlich werden wir dann auch unsere politischen Einrichtungen denen dieser wirtschaftlich höher gesitteten Völker anzupassen haben. Es ist das ja auch ein Teil der Friedensforderungen unserer Feinde. Wir sollen den Militarismus abschaffen und dafür das, was Demokratie genannt wird, bei uns einführen. Das Wesen der Demokratie können wir schon jetzt an der Einwirkung der amerikanischen Milliardäre auf Staatseinrichtungen und Politik der Vereinigten Staaten von Amerika studieren. So also wird es nach 50 Jahren auch bei uns aussehen, wenn wir uns aus den Abwegen des Heldentums, dem wir im Weltkrieg verfallen sind, mit tapferem Entschluss zu retten wissen und wieder im freien Spiel der Kräfte den Trieb in uns stärken und entwickeln, durch den

* **BERTHOLD OTTO**, deutscher Reformpädagoge, geb. 1859 in Schlesien, gest. 1933 in Berlin.

der Kulturmensch sich über den Barbaren erhebt, den Trieb Geld zu erwerben.

England führt den Krieg als Geschäft

Am sichersten würde die Menschheit auf diesem Wege vorwärtskommen, wenn nicht wir, sondern unsere Feinde die Sieger wären. Sie sind es ja, die von vornherein gerade diese Art der Kultur mehr anerkannt haben als wir. Schon die ersten Ankündigungen des Krieges bewiesen das. Wir wollten in mittelalterlich-barbarischer Weise kämpfen „bis zum letzten Hauch von Mann und Roß“, die Engländer aber „bis zum letzten Penny“. Es fragt sich nun, worin die stärkere Kraft liegt. (...)

Und während immer mehr Familien einen Helden feiern konnten, der entweder als Invalide mit dem Eisernen Kreuz belohnt oder als für Volk und Vaterland Gefallener geehrt wurde, wies Berthold Otto schonungslos auf die bittere Realität hin: dass dieses Heldentum nach dem Krieg ziemlich schnell wertlos werden würde:

Wer wird nun nach dem Kriege der angesehenere Mensch sein, der einbeinige Träger des Eisernen Kreuzes oder der durch Kriegswucher reich gewordene Mann?

Ich meine, da kann die Antwort denn doch bei ehrlichen Menschen in keiner Weise zweifelhaft sein. Dem Kriegswuchermillionär wird die erste Zeit noch ein etwas unangenehmer Geruch anhaften; aber der wird nach wenigen Jahren verschwunden sein. Nachher fragt kein Mensch mehr nach der Entstehung seines Vermögens ... Ist einer erst einmal Millionär, so wird er ... in großem Maße wohlthätig sein und sich um Gemeinde und Staat verdient machen. Dafür werden Titel und Ordensauszeichnungen nicht ausbleiben, und er wird auch darin hoch über dem Manne stehen, der nichts hat als sein Eisernes Kreuz. Denn schließlich wird es nach dem Weltkrieg Hunderttausende mit dem Eisernen Kreuz geben, und die Milliardäre mit den Orden werden an Zahl immer erheblich geringer sein.

„Der Ethikrat hatte nichts mit Ethik zu tun“

VON HERBERT MAYER

■ Wann immer die von vielen Menschen gewählten Politiker auch nur an der Macht riechen, sind sie kaum mehr zu bremsen. Man kennt das aus der Bundespressekonferenz, bei der die Regierungsvertreter oder ihre Mitarbeiter Rede und Antwort stehen sollten, in Wirklichkeit aber auf dem Podium wie Majestäten sitzen und bei jeder Antwort durchblicken lassen, dass es ihnen zuwider ist, wenn sie sich den Fragen der Journalisten stellen müssen.

Nicht anders verhält es sich bei der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen. Die Altparteien in der Kommission mauern, verharmlosen und zeigen mit Verachtung, was sie von den Kritikern der Maßnahmen halten. Jüngstes Beispiel ist die Konfrontation zwischen Professor Dr. Homburg und der damaligen Ethikrat-Vorsitzenden Professor Dr. Alena Buyx. Die Hochnäsigkeit, die Unverfrorenheit und das beharrliche Verteidigen ihrer Falschaussagen zeugt von einer Kaltschnäuzigkeit, die ihresgleichen sucht.

Aussagen, wie „die mRNA-Impfstoffe, die sind ja so ein elegantes Verfahren, die zerfallen, dann werden sie abgebaut, dann sind die weg. Die kann man nach zwei Wochen überhaupt nicht mehr nachweisen“, seien ihre persönliche Interpretation gewesen. Oder, „dass behinderte Kinder mit Herzfehlern oder Down-Syndrom ‚offlabel‘ geimpft werden sollen“, was heißt, auch mit ungetesteten Impfstoffen, sei Meinung des Ethikrates gewesen. Beides stimmte nachweislich nicht. Was soll's. In Wirklichkeit hatte die Stiko abgeraten. Das RKI und die Impfstoffhersteller kannten die Risiken. Die Frage, ob sie diese Aussagen bereue, blieb unbeantwortet.

Die beschriebene Überheblichkeit wird auch deutlich durch die Vorsitzende der Kommission, Frau Franziska Hoppermann, die Herrn Homburg zeitweise das Mikrofon kappte und dann einwand, das The-

ma Impfpflicht stünde nicht auf der Tagesordnung, sondern das Thema Eigenverantwortung. Der deutliche Protest von Herrn Homburg, dies habe sehr wohl etwas mit Eigenverantwortung zu tun, rief nun die Abgeordnete Mechthilde Wittmann von der bayerischen CSU auf den Plan. Sie maßregelte Professor Homburg – und das ist ein weiterer Beleg für die kaum zu ertragende Arroganz unserer Politiker: „Bei uns gilt, dass die Sitzungsleitung nicht in einer derartigen Art und Weise gewertet werden kann, sondern die Sitzungsleitenden Maßnahmen sind von Ihnen unkommentiert hinzunehmen.“

Deutlicher kann man den „Stinkefinger“ seitens der Abgeordneten gegenüber den Aufklärern nicht zeigen. Es ist kein Entgegenkommen der Politiker, wenn sie in dieser Enquete-Kommission sitzen, sondern ihre verdammte Pflicht. Frau Wittmann ist die Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Kempten-Oberallgäu-Lindau und kandidiert bei der bevorstehenden Kommunalwahl in Bayern auf Listenplatz 2 für die Stadtratswahl von Kempten. Offensichtlich ist sie als Abgeordnete in Berlin nicht ausgelastet.

Frau Buyx erwies sich als Vorreiterin der Impfpflicht. „Der Ethikrat hatte nichts mit Ethik zu tun, sondern war ein Werkzeug der Regierung. Wenn man sich fragt, warum solche Figuren in zentrale Positionen gelangen, die keinen Bezug zu Daten und Fakten haben und als wandelnde Sprechblasen durchs Land ziehen, und Interessen von Regierung und Industrie vertreten, muss man wissen, dass Frau Buyx über viele Jahre vom Wellcome Trust gefördert wurde“, ist die Einschätzung von Professor Homburg. „Dieser weniger bekannte Trust ist neben der Gates-Stiftung die finanzstärkste Pharmalobby.“ ■

<https://www.youtube.com/watch?v=Zg0-e24NEr4>



Abbildung: panos1312/Pixabay



VON MARTINA LAABE

■ Was versteht man unter „Terror“? Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert: „[lat.] T. bezeichnet ein besonders brutales und rücksichtsloses Vorgehen, das die Unterdrückung oder die Vernichtung anderer zum Ziel hat.“¹ Im Weiteren wird erläutert:

„2) **Politisch motivierter T. wird auch von Einzelnen oder (revolutionären) Gruppen mit dem Ziel ausgeübt, auf soziale Ungerechtigkeiten hinzuweisen, die jeweils Herrschenden herauszufordern, deren Hilflosigkeit zur Schau zu stellen, eine revolutionäre Situation herbeizuführen, die Bevölkerung einzuschüchtern etc.**“²

Die Terroristen der Rote Armee Fraktion (RAF) hatten revolutionäre Ziele, sie wollten das „kapitalistische System“ stürzen. Die Bundesregierung reagierte mit den „Anti-Terror-Gesetzen“ der 1970er-Jahre, insbesondere § 129 StGB –

Bildung krimineller Vereinigungen. 1986 wurde der § 129a (StGB) ergänzt, 2002 kam § 129b hinzu. Infolge der Attentate in den USA von 2001 war nun auch die Bildung einer terroristischen Vereinigung strafbar, wenn sie nicht in Deutschland ansässig ist. Die schreckliche Bilanz der RAF zwischen ihrer Gründung 1970 und ihrer Selbstauflösung 1989 weist 34 Morde, zahlreiche Banküberfälle, Sprengstoffattentate und Entführungen auf.³ Die Bürger waren verunsichert, die Regierung zeigte Härte. Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte 1977, dass der Staat sich nicht erpressen lassen dürfe.

Die Geschichte des § 129 zeigt, wie die Gesetzgebung auf zeitgenössische neue Formen des Terrors reagiert. In den 1970er-Jahren galt der Linksextremismus als Feind, in den 1980er-Jahren die Anti-Atom- und Friedensbewegungen, 2002 der Terror islamistischer Netzwerke wie IS oder al-Qaida.⁴ Das Bundesamt für Verfassungsschutz

stellt auf seiner Homepage fest: „Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland sowie für deutsche Interessen und Einrichtungen weltweit besteht fort und hat sich seit dem terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen im Gazastreifen weiter erhöht. Die Bedrohung in Deutschland geht sowohl von jihadistisch motivierten Einzeltätern als auch von jihadistischen Gruppierungen aus.“⁵ Das islamistische Personenpotential wird vom Verfassungsschutz für 2023 mit 27.200 Personen angegeben (für 2022 27.480). Zum Vergleich: Die RAF hatte insgesamt ca. 80 aktive Mitglieder.⁶ Der Begriff Terror/Terrorismus hat also nicht nur eine qualitative, sondern auch eine quantitative Seite. Die RAF-Fahndungsplakate der jeweils aktuellen Terroristen hingen überall sichtbar aus. Das signalisierte dem Bürger: Die Täter sind bekannt, man ist ihnen auf der Spur, der Staat „kümmert sich“, „Du“ könntest sie sogar in deinem Umfeld erkennen und melden.

Und heute? Nur eine Meldung von Anfang November 2025, England: Ein Mann läuft durch einen Zug und attackiert Reisende mit einem Messer. Zehn Personen kommen mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus. Die britische Polizei schließt ein terroristisches Motiv aus. Der britische Premierminister K. Starmer spricht von einem „schrecklichen“ und „zutiefst beunruhigenden“ Vorfall, seine „Gedanken sind bei allen Betroffenen“ und sein „Dank gilt den Rettungskräften“.⁷ Diese und ähnliche Worte kennen nicht nur die Briten inzwischen auswendig. Erinnert sei an dieser Stelle an die Messerattacke in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein 2023, bei der zwei junge Menschen erstochen wurden, laut NDR eine Geschichte „von gescheiterter Integration, von Behördenversagen und einer fatalen Aneinanderreihung missachteter Alarmsignale“.⁸ Der Vater des 17-jährigen Opfers Anne-Marie Kyrath, Michael, engagiert sich seitdem in der Hilfe

für Hinterbliebene und ist nach eigenen Angaben mit 300 betroffenen Elternpaaren in Kontakt.⁹ Der Focus titelt: „Fast eine Million Opfer durch Tatverdächtige aus größten Asyl-Herkunftsländern“ (aus zehn Herkunftsländern zwischen 2015 und 2024).¹⁰ Dies habe eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik ergeben¹¹, wonach 426.000 Deutsche und 512.000 Nichtdeutsche unter den Opfern waren. Alle Bemühungen des Focus hierbei zu relativieren – möglicherweise seien unter den Tätern auch Touristen aus den entsprechenden Ländern –, ändern jedoch nichts an dem Gesamtbild.

Seit Jahren zunehmende Straftaten wie Messerattacken, Amokfahrten und (Gruppen-) Vergewaltigungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern verunsichern die Bürger stark, von den Folgen für die Opfer ganz zu schweigen. Die Frage, ob die Täter aus religiösen und/oder politischen Motiven oder aufgrund psychischer Erkrankungen handeln, ist für die Bevölkerung möglicherweise zweitrangig – was hier passiert, ist **Terror gegen Deutsche und Nichtdeutsche**. Sie fühlen eine Bedrohung, der sie nicht aus dem Weg gehen können, weil diese Taten zu jeder Zeit und an jedem Ort stattfinden können, wie die traurige Erfahrung lehrt. Der Bundesnachrichtendienst sagt dazu: „Ein hundertprozentiger Schutz ist quasi unmöglich. Insbesondere radikalisierte Ein-

zeltäter, die sich nicht in einem Terrornetzwerk bewegen, sind im Vorfeld schwer zu identifizieren.“¹² Messerverbotzonen und Poller signalisieren nicht die Fürsorge des Staates, sondern seine eigene Hilflosigkeit. Verlautbarungen in der Presse, wie „polizeibekannt“, „unzurechnungsfähig“, (häufig) „ohne Aufenthaltstitel“, machen es nicht besser. Welche Erklärungen Regierung, Polizei und Verfassungsschutz auch immer bereit halten – die Menschen registrieren, was seit Jahren passiert. **Das Ziel des Terrorismus, „die jeweils Herrschenden herauszufordern, deren Hilflosigkeit zur Schau zu stellen, [...] die Bevölkerung einzuschüchtern“ ist erreicht.** Inwieweit das fernere Ziel der Täter ist, „eine revolutionäre Situation herbeizuführen“, sei dahingestellt.

Wie sieht es eigentlich mit der „Schutzpflicht“ des deutschen Staates aus? Sie ergibt sich aus dem Grundgesetz (GG), Art. 1 Absatz „**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt**“ sowie **Art. 2 Absatz „(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.“**

Es mache sich da jeder seine eigenen Gedanken! Die sind ja noch frei, oder? ■

- 1 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18334/terror-terrorismus/>
- 2 Ebd.
- 3 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/225/1922542.pdf>
- 4 https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus_node.html#doc-1943154bodyText3
- 5 https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus_node.html#doc-1943154bodyText3
- 6 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321067/rote-armee-fraktion-raf/>
- 7 <https://www.zdfheute.de/panorama/grossbritannien-zug-angriff-huntingdon-100.html>
- 8 <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Toedliche-Messe-rattacke-von-Brokstedt-Protokoll-des-Versagens,brokstedtdoku100.html>
- 9 <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/lanz-brokstedt-kyrath-migration-geywitz-100.html>
- 10 https://www.focus.de/politik/deutschland/fast-500-000-deutsche-opfer-durch-tatverdaechtige-aus-wichtigen-asylherkunftslaendern_d2211d57-80d5-4b71-96f4-f9ccd5f2e5f4.html
- 11 <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1115358>Anfrage der AfD und Antwort https://dserver.bundestag.de/btd/21/023/2102366.pdf>
- 12 https://www.bnd.bund.de/DE/Die-Themen/Internationaler_Terrorismus/internationaler_terrorismus_node.html

ANZEIGE

Wirksamer Vermögensschutz auf einfache Art:

JETZT GOLD UND SILBER KAUFEN!



Physische Edelmetalle überlebten bisher alle Papierwährungen und bieten zuverlässigen Schutz vor weiteren Wertverlusten des Euro.

Besonders Gold- und Silbermünzen sind das perfekte Tauschmittel – liquide und international akzeptiert. Außerdem sind im Krisenfall weitere Wertzuwächse erwartbar.

Übrigens: diskret erworbene Edelmetalle verhindern den Zugriff „unliebsamer Dritter“ ...

Kontaktieren Sie mich zu Details und der Durchführung völlig legaler und anonymer Tafelgeschäfte.

Wir besprechen Ihre Wünsche, klären Verfügbarkeiten und legen Ihren persönlichen Termin zur Warenübergabe fest.

BERND FUHRMANN
betriebliche und private Vermögen

Finanzgutachten
Honorarberatung
Edelmetalle
info@bernd-fuhrmann.de
www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Tel. 0 83 41-1 42 42
Mobil 0151-22 36 49 49





Fahren im E-Smog

Die Insassen von Elektroautos könnten höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sein als bisher vermutet.

VON WERNER THIEDE

■ *Dass E-Autos eine ökologisch sinnvolle Erfindung darstellen, ist eine verbreitete Annahme und treibt auch die Gesetzgebung rund um die Welt an. Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass die Materialien für diese Fahrzeuge auf die Dauer ein ökologisches Problem darstellen – und dass ein immer mehr auf Stromverbrauch angelegter Autoverkehr mit den knappen Energieressourcen der Zukunft nicht unbedingt kompatibel sein dürfte (1). Zählt man allerdings Fragen nach möglichen Gesundheitsgefahren mit zum Gebiet der Ökologie, dann sieht es auf dem Sektor der E-Mobilität vielleicht doch nicht gerade „rosig“ aus. Denn es gibt durchaus Indizien dafür, dass die E-Smog-Belastung in Elektroautos ein ernsthaftes Problem darstellt.*

So sind einer neuen Studie zufolge, die nahezu eine Million Einzelmessungen an 13 verschiedenen Elektro- und Hybridfahrzeugmodellen umfasste und damit die bisher umfangreichste ihrer Art war, Fahrer und Passagiere von E-Autos regelmäßig überraschend starken elektromagnetischen Impulsen ausgesetzt (2). Es handelt sich bei den sogenannten Transienten um schnelle Energiestöße, die entstehen, sobald sich etwas im elektrischen System eines Fahrzeugs ändert, also beispielsweise beim

Beschleunigen, Bremsen oder Einschalten der Sitzheizung.

Über die gesundheitlichen Auswirkungen jener Transienten wird seit 40 Jahren kontrovers diskutiert, ohne dass hier ein klarer Wissensstand vorliegt. Immerhin haben gemessene Spitzenwerte dieser Studie oft die europäisch geltenden Referenzgrenzwerte überschritten – insbesondere beim Starten des Motors.

Während der Fahrt waren die Magnetfelder in der Nähe des Fahrzeugbodens am stärksten, in dem ja ein Großteil der Verkabelung untergebracht ist, sodass die unteren Körperteile von Fahrer und Beifahrer am stärksten exponiert sind. Die im Bauchraum gemessenen Werte lagen zwar unterhalb der europäischen Grenzwerte, doch diese wurden nicht aufgrund chronischer, langfristiger Auswirkungen festgelegt, wie das bei der Entstehung von Krebs nötig wäre.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat die Ergebnisse dieser Studie unter Hinweis auf die eingehaltenen Grenzwerte heruntergespielt:

„Zwar wurden in einigen Fällen – lokal und zeitlich begrenzt – vergleichsweise starke Magnetfelder festgestellt. Die empfohlenen

Höchstwerte für im Körper hervorgerufene Felder wurden in den untersuchten Szenarien aber eingehalten, sodass nach aktuellem wissenschaftlichem Kenntnisstand keine gesundheitlich relevanten Wirkungen zu erwarten sind.“ (3)

Zudem hätten es die Hersteller in der Hand, mit einem intelligenten Fahrzeugdesign lokale Spitzenwerte zu senken und Durchschnittswerte niedrig zu halten (4). Besorgt zeigt sich hingegen Louis Slesin – unter anderem, weil das geltende Messprotokoll „die wichtigsten Transienten in Elektrofahrzeugen außer Acht“ lasse (5).

Die Frage nach der biologischen Verträglichkeit von E-Autos drängt sich doch wohl deutlicher auf, als es Herstellern, Betreibern, Verkäufern, aber auch dem Käuferkreis lieb sein mag. Für die Personen im Fahrgastraum sollten die elektromagnetischen Immissionen eigentlich möglichst gering sein. Dass mit den entsprechenden Risiken nicht zu spielen ist, zeigte bereits ein Beitrag der RTL-Fernsehsendung „Explosiv“ vom 28. Oktober 2017 über ein wissenschaftliches Experiment mit einem Arzt als Fahrer eines elektronisch bestens ausgestatteten Pkws, überwacht durch Professor Wolfgang Schöllhorn vom Institut für Sportwissenschaft der Universität Mainz (6).

Bei dem gründlich durchgeführten Versuch kam es zu einer überraschend großflächigen Aktivierung über ungefähr alle Hirnareale hinweg, insbesondere unter WLAN-Strahlung. Die zunehmende E-Smog-Belastung des untersuchten Gehirns löste Symptome aus, die normalerweise nur unter hohem Stress vorkommen und sich dann auch aufs Herz auswirken können.

Das entspricht exakt den Ergebnissen, die in dem besagten YouTube-Video von 2024 vorgelegt wurden. Stärkere Abgeschlagenheit, Müdigkeit und mangelnde Konzentrationsfähigkeit gelten als Folgen solcher Zustände. Pro-

fessor Schöllhorn beschloss auf Grund dieser Resultate immerhin, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu alarmieren. Bei einem zweiten Versuch eine Woche später zeigte sich damals übrigens, dass das im Auto durch allerlei Strahlung erzeugte magnetische Wechselfeld um ein Mehrfaches über der Grenze lag, ab der Krebsgefahr aufkommen kann.

Anzunehmen ist, dass sich die entsprechenden Probleme in „Autonomen Autos“, denen bekanntlich die Zukunft gehören soll, noch vermehren (7). Im Kontext des entsprechend gestalteten Auto- und Straßenverkehrs dürfte es dann nicht nur um radar-gestützte Bremsassistenten gehen, sondern auch um radarbasierte Erfassung automatisierter Kraftfahrzeuge. Das Ziel lautet diesbezüglich aktuell: „die Robustheit von Wahrnehmungssystemen erheblich zu steigern und die Forschung in den Bereichen Sensorfusion und Radar-Signalverarbeitung voranzutreiben“ (8). Autonomes Fahren ist nicht zuletzt wegen den möglicherweise mit Radar verbundenen Gesundheitsrisiken für viele Menschen eine „Horrorvision“ (9).

Bei E-Autos kommt übrigens noch die prekäre Problematik der niederfrequenten Strahlung von Ladeboxen hinzu – zumindest sofern solche wallboxes im direkten Umfeld von Privathäusern liegen, wie mir ein Baubiologe und auch betroffene Anwohner darlegten. Und ob das „Tanken“ beziehungsweise Laden wegen der elektromagnetischen Felder der Ladegeräte für E-Autos gesundheitlich riskant sein könnte, insbesondere für Menschen mit Herzschrittmachern, wird ebenfalls diskutiert (10).

Mag die Frage einer möglichen Schädigung biologischer Systeme durch elektromagnetische Felder nach wie vor umstritten sein (11), so liegt freilich auf der Hand, dass Industrie und Wirtschaft an E-Mobilität hochinteressiert sind, was nicht ganz ohne Einfluss auf betreffende Forschungsergebnisse bleiben dürfte.

Armin Grunwald hat als Leiter am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse betont:

„Die großen Konzerne investieren nicht Unsummen in selbst fahrende Autos, um der Menschheit einen Gefallen zu tun. Sondern sie wollen, und das ist völlig legitim, auch in Zukunft Gewinne machen, und das in harter Konkurrenz zu einander.“ (12)

Umso mehr kommt es darauf an, dass Politik und Gesellschaft Aspekte möglicher Gesundheitsgefahren auch und gerade bei E-Autos wirklich ernst nehmen und diese weder um finanzieller beziehungsweise wirtschaftlicher Interessen noch um reiner Bequemlichkeit auf Seiten der Kundschaft willen unter den Tisch gekehrt oder Forschungsergebnisse einfach „zurechtinterpretiert“ werden. Jedenfalls fallen in den laufenden Debatten um einen möglichst langfristigen Erhalt von „Verbrennern“ nicht zuletzt die genannten Argumente, die zugunsten eines politischen Überdenkens des geplanten EU-Verbots sprechen dürften.

Die anhaltende Skepsis in der Bevölkerung gegenüber Elektroautos könnte sehr wohl auch mit gesundheitlichen Gründen zu tun haben – und nicht nur mit dem immer noch mangelhaften Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. „Ökologische“ Darlegungen zum Thema sollten diese Bedenken künftig stärker und differenzierter miteinbeziehen. ■

Quellen und Anmerkungen:

(1) Vgl. Werner Thiede: *Cloud frisst Erde. Die Illusion einer umweltverträglichen Digitalisierung*, in: *Salzkorn* 4/2020, 34–36 (<https://www.ojc-salzkorn.de/suche?q=Thiede>).

(2) Siehe näher in Louis Slesin, *Magnetfeldbelastung in E-Autos: Weckruf für die Elektrofahrzeugindustrie* (ein von der Verbraucherorganisation *Diagnose:Funk* übersetzter und publizierter Fachartikel (<https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail?newsid=2277>), dessen englischsprachige Originalfassung am 11. September 2025 in *microwaves news* erschienen ist unter <https://www.microwavenews.com/news-center/wakeup-call-ev-industry>).

(3) <https://www.bfs.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BfS/DE/2025/005.html> (Abruf 1.10.2025).

(4) Siehe die Pressemeldung „Strahlung in E-Autos: BfS-Experte fordert bessere Fahrzeugdesigns“ in *auto motor und sport* 9/2025 vom 10. April 2025.

(5) Slesin im in Anm. 1 genannten Beitrag.

(6) <https://www.ibes-gegen-elektrosmog.de/veraenderte-gehirnstroeme-im-auto/>

(7) Dazu bereits meine Aufsätze „Autonome Autos ohne Technikfolgenabschätzung? Ethische Fragen zwischen Sicherheitsfanatismus und Horrorvision“ (*Zeitschrift für Evangelische Ethik* 60, 2/2016, S. 131–138) und „Selbstfahrende Autos: Mehr Risiken als Chancen“ (*raum & zeit* 37, Nr. 214, Juli 2018, S. 86–91).

(8) https://www.fhr.fraunhofer.de/de/suche.html?_charset_=UTF-8&numberResults=10&page=1&scope=FHR&lang=de&queryString=autonomes+fahren.

(9) Siehe ferner <https://www.next-mobility.de/autonomes-fahren-und-seine-chancen-und-risiken-fuer-die-verkehrswende-a-957913/>.

(10) Zum Beispiel <https://www.apotheken.de/news/13668-e-auto-laden-zu-gefaehrlich> oder <https://cnevcharger.com/de/does-the-bus-charger-have-electromagnetic-radiation/>.

(11) Warnend äußerten sich zum Beispiel Arthur Firstenberg: *Die Welt unter Strom. Eine Geschichte der Elektrizität und ihrer übersehenen Gesundheitsgefährdung*, 2. Aufl. 2022, und Silvio Hellemann: *Ständig unter Strom. Das Handbuch für Elektrosensible und alle, die ohne Elektrosmog leben möchten*, 2010.

(12) Armin Grunwald: *Der unterlegene Mensch. Die Zukunft der Menschheit im Angesicht von Algorithmen, Künstlicher Intelligenz und Robotern*, 2019, 101.

Erstmals erschienen am 16. 10. 2025 auf manova <https://www.manova.news/artikel/fahren-im-e-smog>

Werner Thiede ist Pfarrer im Ruhestand, außerplanmäßiger Professor für Systematische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Publizist. Von ihm erschienen die Bücher „Himmlich wohnen“, „Himmlische Freude. Vom tiefen Glück des Glaubens“, „In Ängsten – und siehe, wir leben! Glaubenslieder“ und zuletzt „Monolog der Religionen? Zur Resilienz der Wahrheitsfrage im interreligiösen Dialog“. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er kürzlich eine umfangreiche Festschrift unter dem Titel „Digitale Realutopien und christliche Heilsverheißung“ (LIT-Verlag).

Weitere Informationen unter <https://www.werner-thiede.de/>



Der seniorengerechte Arbeitsplatz

VON VERONIKA BAUER

■ Die Diskussionen um die Notwendigkeit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit reißen nicht ab. War vor kurzem noch das Renteneintrittsalter mit 70 Jahren im Gespräch, wird aktuell über die Rente mit 73 nachgedacht. Die Rentenkassen sind klamm und die Generation Baby-Boomer steht vor dem Ruhestand auf Abruf. Auch wenn man heute davon spricht, dass 70 das neue 50 ist, lässt sich das biologische Alter dennoch nicht leugnen. Im Laufe der Zeit summieren sich altersbedingte Einschränkungen und Beschwerden. Ab dem 60. bis 65. Lebensjahr beginnt der Übergang ins Alter. Das sieht die Natur so vor. Der Beginn des Greisenalters ist zwischen dem 60. und 80. Lebensjahr festgelegt. Wie schnell der Alterungsprozess beim Einzelnen voranschreitet, ist natürlich sehr individuell. Aber bevor man zu solch drastischen Maßnahmen greift und die Baby-Boomer weiter arbeiten lässt, obwohl sie teils 45 Arbeitsjahre oder mehr hinter sich gebracht haben, die meisten von ihnen sind ja schon mit 15 oder 16 Jahren ins Berufsleben gestar-

tet, sollten doch im Vorfeld erst einmal die Grundvoraussetzungen für einen seniorengerechten Arbeitsplatz geschaffen werden.

Wie sich das Leben im Körper eines Seniors anfühlen würde, kann man häufig auf Gesundheitsmessen testen. Dort bietet sich die Gelegenheit, in einen sogenannten Altersanzug zu schlüpfen, mit Gewichten an Armen und Beinen, zur Simulation von Gelenkbeschwerden, einer Brille, die Seheinschränkungen imitieren soll, sowie Kopfhörern, die eine Schwerhörigkeit vorgeben. Nur allzu gerne zieht man nach ein paar Minuten diesen Anzug wieder aus. Die Senioren können das Alter leider nicht abstreifen. Sie sollen aber künftig weiterhin auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, als gäbe es keine vernünftigeren und gerechteren Lösungen.

Dabei werden Senioren im Arbeitsschutzgesetz nicht einmal gesondert erfasst. Es gibt nur eine Ergänzung mit besonderen Schutzmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer, gleichgestellt den besonders schutzbedürftigen Gruppen. Zum Inhalt gehören alterskritische Gefährdungen, Anpassung der Arbeitsbedingungen (ergonomische Ge-

staltung, Barrierefreiheit, bessere Beleuchtung, Schalldämmung), Gestaltung der Arbeitszeit: selbstgewählte Kurzpausen; lässt es die Gesundheit zu, wöchentliche Arbeitszeit nicht über 40 Stunden; bei Schichtarbeit eine reduzierte Wochenarbeitszeit, um Erholungsphasen zu verlängern; keine Überstunden, außer in betrieblicher Not-situation und mehr Urlaubstage für Senioren. Zu den Regularien gehört auch die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, das Thema Altersdiskriminierung und Lohn-diskriminierung wegen Alter. Einen gesetzlichen Kündigungsschutz wie bei Schwangeren oder Schwer-behinderten gibt es für Senioren allerdings noch nicht.

Thematisiert werden sollte auch der sichere Weg von und zur Arbeitsstätte. So könnten auf dem Firmengelände neben Frauen- und Behindertenparkplätzen, auch Seniorenparkplätze ausgewiesen werden. In infrastrukturschwachen Regionen müssen ohnehin Lösungen gefunden werden, wie Senioren ihren Arbeitsplatz erreichen können, vor allem dann, wenn sie krankheitsbedingt ein Fahrverbot erteilt bekommen haben. Wo es keine Buslinien gibt, müssten Fahrzeuge eingesetzt werden, die morgens ihre Mitarbeiter einsammeln und nach Feierabend wieder an ihren Wohnstätten absetzen. Die Fahrzeuge sollten selbstverständlich mit barrierefreiem Ein- und Ausstieg versehen sein, so dass Senioren mit Gehstock oder Rollator gefahrlos unterwegs sein können. Im künftigen Stadtbild werden ohnehin vermehrt Personen mit Hilfsmitteln und unter Schmerz-mittleinfluss anzutreffen sein. Die Regierung hat ja bereits angekündigt, gerade bei älteren Menschen sorgfältig prüfen zu wollen, ob jede vorgeschlagene Operation sinnvoll sei. Hier geht es vor allen Dingen um Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen, nicht um eine bessere Lebensqualität oder gar ein würdevolles Leben für die Betroffenen.

Ein weiteres Problem im Alter, das oft tabuisiert wird, ist die Inkontinenz. Für inkontinente Mitarbeiter müsste zusätzlich eine

Toilette mit Dusche eingerichtet werden. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Betroffenen einfach und diskret Einlagen oder Windeln wechseln und sich waschen können. Und ebenso, wie für menstruierende Männer bereits angeboten, sollten Hygieneartikel, aber auch Handtücher, kostenlos und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist besonders auf Diskretion zu achten, damit die Mitarbeiter nicht bloßgestellt und diskriminiert werden.

Da seitens der Regierung die Streichung der Kostenübernahme für Zahnbehandlungen im Raum steht, sollte man Senioren aus Fairnessgründen einen Zeitzuschlag für die Mittagspause gewähren. Kantinen sollten verpflichtet werden, ein Seniorengericht in ihre Auswahl mit aufzunehmen. Das Thema gepflegte Zähne spielt auch eine Rolle, wenn Seniorenmitarbeiter Arbeitsplätze mit Kundenkontakt haben. Hier könnte der Arbeitgeber Zuzahlungen zur Zahnbehandlung leisten oder die Kosten komplett übernehmen. Das gleiche sollte für die Kostenerstattung von Computerarbeitsplatzbrillen und Hörgeräten gelten, da vor allem ältere Mitarbeiter auf diese Hilfsmittel angewiesen sind.

Ein separater Ruheraum, in den sich Senioren zurückziehen und erholen können, sollte ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Damit ist aber nicht irgendein Lager- oder Abstellraum gemeint, sondern ein eigens auf die regenerierenden Bedürfnisse ausgestattetes Zimmer, das jederzeit zugänglich sein sollte.

Hier sind jetzt nur ein paar Aspekte erwähnt worden, die man bei der Einrichtung eines seniorengerechten Arbeitsplatzes berücksichtigen müsste. Sieht man sich die einzelnen Arbeitsplätze genauer an, vor allem dort, wo körperlich gearbeitet wird, oder auch Arbeitsplätze in großer Höhe, oder bereits bei Nutzung einer Leiter, oder bei extremen Temperaturen, oder dort, wo Maschinen zu führen sind und/oder der Seniorenmitarbeiter regelmäßig Medika-

mente einnehmen muss, gibt es noch unzählig viele Details im Vorfeld zu regeln. Das ist vor allem mühsam, braucht Zeit und kostet Geld. Zur Motivation redet man der älteren Generation ein, sie sei schuld an der jetzigen Rentenmiserie und sie sei es, die der jungen Generation einen Scherbenhaufen hinterlässt. Man (miss-)braucht die ältere Generation, denn niemand der dafür Verantwortlichen habe das Rentenfinanzierungsdesaster kommen sehen. Und so wird lieber versucht, einen spaltenden Keil zwischen die ältere und jüngere Generation zu treiben als akzeptable Lösungen zu finden.

Dabei wartet im Ruhestand schon die nächste Aufgabe auf die Generation Baby-Boomer.

Nicht wenige von ihnen werden sich dann um ihre hochbetagten Eltern kümmern müssen. Auch hier würde sich eine weitere Lücke auftun, wenn sie länger arbeiten müssten und ihre Angehörigen nicht mehr angemessen versorgen könnten. Bei einigen von ihnen würde es auch die Betreuung der Enkelkinder oder das ehrenamtliche Engagement in Vereinen betreffen.

Dabei gäbe es eine ganz simple und durchaus zumutbare Lösung: Es müssen die Menschen in Arbeit gebracht werden, die könnten, aber nicht wollen; und nicht die Menschen, die jahrzehntelang wollten, aber nicht mehr können. Der seniorengerechte Platz ist nicht in der Arbeit, sondern im wohlverdienten Ruhestand. ■

Hey, kleiner Mann

Text: HERBERT MAYER
Musik: KI

*Hey, kleiner Mann,
du strengst dich an,
doch ich sag dir's sogleich,
Du kannst dich recken,
oder strecken,
und wirst doch niemals reich.*

Das Schicksal ist sehr flatterhaft,
das Leben nicht gerecht,
dem einen geht es oft sehr gut,
dem andern oft sehr schlecht.

Ein Leben lang bist du bemüht,
das alles zu verstehen,
doch niemals konntest du so recht
die eignen Wege gehn.

Es sagte einst ein Egoist,
das ist mir alles gleich,
am besten, du bleibst immer arm,
dann bleib ich immer reich.

Du warst bescheiden jederzeit,
die Rente war dein Ziel,
doch jetzt, wo du am Ende bist,
bleibt dir nicht mehr so viel.

Und immer warst du brav dabei,
ganz treu dem Staat ergeben
und musst, wie viele jetzt im Land,
die Pleite miterleben.

Jetzt stehst du da in dieser Zeit
und viel ist nicht geblieben,
du hast ein Leben lang gekämpft
und hast dich aufgerieben.

Jetzt denkst du lang darüber nach,
was bleibt ist der Betrug,
zum Sterben ist es noch zu viel,
zum Leben nicht genug.

Man sieht dich in den Straßen jetzt
als alten, armen Mann,
und trifft dich leider ab und zu
beim Flaschensammeln an.

Der Staat hat dich ganz böse enttäuscht
und du wirst immer bleicher,
die Armen bleiben immer arm,
die Reichen werden reicher.

Du hast für dieses Land sehr lang
die ganze Kraft gegeben,
und jetzt bleibt dir am Ende nicht
einmal genug zum Leben.

Jetzt weißt du, wie's in unserm Land
so um die Menschen steht.
Die Reichen werden fetter noch,
dich setzt man auf Diät.

Sie haben Geld für Waffen nur,
für Krieg in andern Ländern.
Du siehst, die Armen bleiben arm,
es wird sich nie was ändern.



UNZENSIERT-SONG
abspielen



Alles falsch gemacht?

Wie sind wir dorthin gekommen, wo wir sind?

VON VOLKER FREYSTEDT

■ „Wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen“ – den Satz haben die meisten schon mal gehört. Den sagen in der Regel Leute, die etwas gemacht haben, das ihnen misslungen ist, um ihr Verschulden zumindest abzuschwächen. Es ist allerdings ein Unterschied, ob ich beim Machen scheitere, also nicht das dabei herauskommt, was ich beabsichtigte – oder ob ich alle Welt bloß glauben mache, ich hätte, in einer verantwortungsvollen Position, schnell Entscheidungen treffen müssen, und da sei mir nun mal ein Fehler unterlaufen – sorry! Und nun Blick nach vorne, nächstes Mal wird es bestimmt besser laufen ... Während in Wahrheit das Ergebnis meines Handelns gar kein Scheitern, sondern der angerichtete Schaden genau das angestrebte Ziel war!

Zu allem fähig

Sieht man sich den Umfang unseres Staatsapparates an plus das Ausmaß der von ihm beanspruchten Ressourcen, und wirft dann einen Blick auf den Zustand unserer Republik (eigentlich kann man nahezu alle Staaten einbeziehen!),

so hat man die Wahl zwischen zwei Erklärungsoptionen:

- Entweder es herrscht das Peter-Prinzip in Reinkultur – sprich: in nahezu alle Positionen sind Leute gelangt, die die dafür nötige Qualifikation vermissen lassen; also Unfähigkeit als Ursache für verheerende Entscheidungen.
- Oder aber es geschieht alles nach Plan, die Katastrophen sind beabsichtigt, die Akteure sind nicht unfähig, sondern zu allem fähig!

Am wahrscheinlichsten ist eine Kombination aus beidem: Die Drahtzieher haben einen Plan und sorgen dafür, dass Unfähige, aber Willfähige wichtige Positionen besetzen („Young Global Leaders“ des WEF z. B.).

Doch egal, zu welchem Schluss, zu welcher Diagnose man kommt – die Therapie kann eigentlich nur lauten: Das Personal muss ausgetauscht werden! Und dabei am besten auch gleich auf ein gesünderes Maß zurück gestutzt – was auch den Ressourcenverbrauch erheblich reduzieren würde. **Weniger Quantität, mehr Qualität!**

Doch kaum jemand traut sich, wirklich radikal, also an der Wurzel, anzusetzen. Dabei weiß jeder:

Wird ein Baum nur an den Ästen beschnitten, treibt er hinterher um so stärker aus. Aber wenn „Bürokratieabbau“ gefordert und im Wahlkampf versprochen wird, folgt in der Praxis die Gründung einer Kommission, deren fleißige Arbeitsergebnisse in neuen Papieren festgehalten werden, um die sich dann weiteres Personal kümmern muss.

Macht dann jemand einmal wirklich Ernst, wie Javier Milei in Argentinien, ist das Geschrei groß! Zugegeben: Seine Kettensägen-Symbolik war schon ziemlich heftig. Aber wer etwas verändern will, kann nicht zimperlich vorgehen. Alle am Status-Quo-Interessierten zeigen sofort lautstark auf das, was weggenommen wird – siehe den Aufschrei, als das DOGE-Programm unter Elon Musk u. a. die Mittel für USAID strich. Welche neuen Chancen daraus erwachsen, wird ignoriert.

Da braucht es schon ein dickes Fell, um seiner Linie treu zu bleiben und durchzuhalten bis die Früchte für die Bevölkerung sichtbar reifen.

Umverteilungsstaat

Der prinzipielle Unterschied zwischen einem libertären und einem sozialistischen Wirtschaftssystem ist, vereinfacht bildlich gesprochen: Im Libertarismus soll jedem die Freiheit gegeben werden, seines Glückes Schmied zu werden. Im Sozialismus wird ihm gesagt: das Schmiedehandwerk ist zu gefährlich, man solle sich besser vom Staat versorgen lassen. Die dazu nötigen Ressourcen holt sich der Staat dann bei den wenigen, die sich trotz alledem für das riskante Schmiedehandwerk entscheiden. In der BRD sollen es gerade mal noch 15 Millionen Produktive sein, die nicht vom Staat abhängen, sondern ihn finanzieren. Die aus den staatlichen Eingriffen resultierende Nivellierung nach unten verkauft der Umverteilungsstaat uns als Gerechtigkeit! Häufig setzt er noch eins drauf und nennt es Chancengleichheit, wenn er den schnellen Läufern schwere Lasten aufbürdet, damit die langsamen halbwegs mithalten können. „Leistung muss sich lohnen“ bedeutet im Sozialismus: Wenn einige Leistung erbringen,

müssen alle davon profitieren! Damit das funktioniert, braucht es jede Menge Funktionäre als Regulierer. Und Medien, die mit ihrer Propaganda der Bevölkerung einhämmern, dass dieses System gut, gerecht und deshalb alternativlos ist!

Es wird Zeit, die Dinge wieder nüchtern als das zu sehen, was sie

sind, und in klarer Sprache zu benennen. Schluss mit dem verdrehenden Orwell'schen Neusprech! „To call a spade a spade“ (einen Spaten als Spaten bezeichnen) ist dafür eine geflügelte englische Redewendung. Machen wir Dinge wieder einfach – **und machen wir einfach!** ■

WAS DIE 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030 WIRKLICH FÜR DIE MENSCHEN BEDEUTEN

4 HOCHWERTIGE BILDUNG



Punkt 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.

Globale Gleichschaltung der Bildungssysteme und Vereinheitlichung der Propaganda, um überall die gleiche Tiefen-Indoktrination der Kinder und Jugendlichen gewährleisten zu können. Dazu soll es eine gemeinsame Kern-erziehung – Common Core Education – geben. Also eine Vorschrift mit verpflichtenden ideologischen Inhalten, die allen Menschen programmiert werden sollen. Dies führt zu einer totalitären Umerziehung im Sinne der Eliten, in denen es keinerlei kulturell bedingten Werte mehr geben soll. Gender-Ideologien wie die LGBTQ+*, Klimaterrorismus sowie vermeintliche Gesundheit durch die Einnahme von Pharma-Chemikalien sollen dazu genutzt werden, Menschen effektiver zu spalten und sie unter dem Deckmantel einer neuen Weltregierung, eines Weltgerichts, einer Weltpolizei, einer Weltbank, einer Weltgesundheitsorganisation und einer digitalen Weltwährung kontrollieren und steuern zu können.

**[LGBTQ+ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Queer- und Intersexuelle Menschen sowie für eine weitere Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten, die durch das „+“ symbolisiert werden.]*

5 GESCHLECHTER-GLEICHHEIT



Punkt 5: Durch Geschlechter-Gleichstellung alle Frauen und Mädchen zur Chancengleichheit und Selbstbestimmung befähigen.

Genderdiversity und LGBTQ+ sollen alle künstlich geschaffenen Anomalien bis hin zu pädophilen Tendenzen normal werden lassen. Um nicht nur die traditionelle Familie und damit eine Auflösung und Zersetzung der Völker zu erreichen, sondern auch um für mehr Spaltung und zwischenmenschliche Konflikte zu sorgen. So können Frauen in der Lohnarbeit durch weltweit agierende Konzerne noch effektiver ausgebeutet werden. Während die Kinder unterdessen in Ganztageseinrichtungen vom Staat erzogen und so noch viel früher ideologisch indoktriniert werden können. Durch die Zerstörung der familiären Bindung soll der digitale Staat in den Mittelpunkt rücken, der unter bestimmten Bedingungen Nahrung und Wohnraum bereitstellt und somit die Rolle der Familie ersetzt.

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/33192>

Fortsetzung folgt im nächsten Heft



EINWURF

Oh, oh, oh, es wird wärmer

Wir kühlen seit den letzten 4000 Jahren ab. Wenn also Leute sagen, oh, oh, oh der Planet erwärmt sich, dann kommt es ganz darauf an, wann man mit den Messungen beginnt. Wenn wir die letzten 38 Jahre betrachten, gab es keine Veränderung der Temperatur. Wenn wir die letzten 150 Jahre betrachten, hatten wir drei Erwärmungsphasen und drei Abkühlungsphasen mit einer gesamten Erwärmung von etwa 0,6 Grad Celsius. Nun, ich frage mich, warum es wärmer wird? Ich meine 1850, was ist damals passiert? Oh ja, das war das Ende der kleinen Eiszeit. Glauben Sie, es wird nach der kleinen Eiszeit wärmer oder kälter? Natürlich wird es wärmer. Wenn man also ab 1850 und der industriellen Revolution mit den Messungen beginnt, haben wir uns erwärmt. Wenn man die Messungen ab der mittelalterlichen Warmzeit nimmt, haben wir uns abgekühlt. Seitdem haben wir uns um etwa fünf Grad abgekühlt. Wenn man die Messungen ab der römischen Warmzeit nimmt, haben wir uns um etwa fünf Grad abgekühlt. Sobald also jemand zu Ihnen sagt, oh, oh, es wird wärmer, antworten Sie, seit wann?

<https://t.me/gesundistbesser/4383>

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: Hell Cdd20/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

Irgendwie logisch!

Der Lehrer betritt den Klassenraum und sagt: Ich bin ein Europäer! Was seid ihr?

Alle antworten: Europäer!

Nur Hans sagt: Deutscher!

Der Lehrer fragt: Hans, wir sind alle Europäer, nur Du Deutscher? Wie kommst Du darauf?

Hans antwortet: Mein Uropa war Deutscher. Mein Opa ist Deutscher. Mein Vater ist Deutscher. Ich bin Deutscher.

Der Lehrer, ein gewiefter Pädagoge, fragt: Hans, wenn Dein Urgroßvater, Dein Opa, Dein Vater Idioten wären, was wärest Du dann?

Hans antwortet: Ein Europäer!

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die beiden profitabelsten Geschäfte Krieg und Krankheit sind, ist es leicht zu verstehen, was vor sich geht.

Robert F. Kennedy, Jr.



Demokratie ist gut.

Der Nachteil ist, dass zwei Dumme einen Gescheiten überstimmen können.

Wenn wir sterben, sollen wir alle in Frieden ruhen. Aber warum können wir nicht alle in Frieden leben?



Der Russe kann kommen, das Sauerland ist vorbereitet.

